



Migration: Illegale Zuwanderung stoppen

CDU/CSU legt Maßnahmenkatalog vor - Belastungsgrenze der Kommunen überschritten

Die Zahlen sprengen jedes verkraftbare Maß: 400.000 Asylbewerber werden nach Schätzung der Bundespolizei in diesem Jahr in Deutschland Schutz suchen. Die Ampel-Koalition jedoch bleibt untätig. Daher hat die CDU/CSU-Fraktion einen eigenen Maßnahmenkatalog erstellt, wie die irreguläre Zuwanderung zu stoppen wäre. Sie versteht ihre Vorschläge als ersten, wichtigen Schritt, um den von Bundeskanzler Olaf Scholz angelegten Deutschland-Pakt mit Leben zu füllen.

Um 77 Prozent ist die Zahl der Asylanträge in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Allein in den ersten acht Monaten erreichten über 200.000 Asylbewerber Deutschland – die Einwohnerzahl von zwei Großstädten. Außerdem leben über eine Million ukrainischer Flüchtlinge bei uns, die vor den russischen Angriffen aus ihrem Land geflohen sind. All diese Menschen müssen in den Kommunen aufgenommen, versorgt und integriert werden. Die Städte und Gemeinden sind allerdings schon lange am Limit. Ihnen fehlen Wohnungen, Schulen und Kitas.

„Es zeichnet sich ab, dass 2023 das fünftstärkste Asylzugangsjahr in der Geschichte der Bundesrepublik wird“,



Friedrich Merz am Dienstag bei der Fraktionspressekonferenz (Foto: CDU/CSU Bundestagsfraktion/Michael Wittig)

sagt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andrea Lindholz. Sie nennt es daher einen Skandal, dass die Bundesregierung, allen voran Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die Krise unterschätzt und das Problem ignoriert. „Es wird immer offensichtlicher, dass Faeser aus Rücksicht auf ihren Wahlkampf in Hessen vor notwendigen Maßnahmen zurückschreckt. Als Bundesinnenministerin muss man aber auch unbequeme Entscheidungen treffen“, mahnt Lindholz.

Das Problem spaltet allmählich die Gesell- Seite 2

Boehringer Ingelheim im Bundestag

Diskussion mit der Geschäftsführung von Boehringer Ingelheim Deutschland unter der Leitung von Frau Dr. Sabine Nikolaus über die innovative Pharmaindustrie in Deutschland. Für den Erhalt des Pharmastandorts Deutschland hat auch die Politik noch viel zu tun. Denn es wurde deutlich, dass heute schon Investitionsentscheidungen in der Branche überwiegend nicht für Deutschland, sondern fürs Ausland ausfallen. Auch schaffe es Deutschland bei der Generierung der für die Forschung wichtigen Daten kaum, mit anderen Ländern mithalten. Boehringer Ingelheim beschäftigt weltweit über 52.000 Mitarbeiter. Am Standort Biberach sind allein 7.300 Mitarbeiter tätig. ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

schaft, überfordert ihre Bereitschaft zur Solidarität. Um die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für das Asylsystem zu erhalten, bedarf es nach Auffassung der Union wirksamer Maßnahmen zum Stopp der irregulären Migration. Auf nationaler Ebene sind das Kontrollen an der Grenze zu Polen, Tschechien und der Schweiz, so wie es sie bereits an der Grenze zu Österreich gibt. Die Liste der sicheren Herkunftsländer sollte erweitert werden um Georgien, Moldau und Indien sowie die Maghreb-Staaten Tunesien, Algerien und Marokko. Mit Herkunftsstaaten, aus denen besonders viele Asylbewerber kommen, sollte die Regierung Rücknahmevereinbarungen schließen.

Auf europäischer Ebene muss die Bundesregierung für einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen sorgen und sich für die Unterstützung der Mitgliedstaaten einsetzen, die eine EU-Außengrenze haben. Dringend nötig ist auch eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Zudem wird die Möglichkeit gebraucht, Asylverfahren in sicheren Drittstaaten durchzuführen.

„Frau Faeser rührt keinen Finger, um endlich die Grenzen zu schützen“, kritisiert Alexander Throm. „So wer-

den die Menschen in unserem Land den Glauben an den Rechtsstaat verlieren“, fügt der innenpolitische Sprecher hinzu.

Mit Blick auf die europäische Ebene fordert Throm eine Begrenzung der illegalen Sekundärmigration. Das bedeutet, dass Personen, die in einem anderen EU-Staat einen Asylantrag gestellt haben, an der Einreise nach Deutschland gehindert werden müssen. Eine weitere wirkungsvolle Maßnahme gegen die illegale Sekundärmigration wäre es nach Ansicht des Innenexperten, wenn Asylbewerber ihre Sozialleistungen nur noch im zuständigen Mitgliedstaat beziehen könnten – auch nach Abschluss des Asylverfahrens. Um Pull-Effekte innerhalb der EU zu begrenzen, sollten die EU-Staaten ihre Sozialstandards für Flüchtlinge und Migranten einander annähern.

Mit ihrem [Antrag zum Stopp der irregulären Migration](#) stellt die Unionsfraktion erneut unter Beweis, dass sie sich als konstruktive Opposition versteht. Das Maßnahmenpaket ist ein Angebot zur Zusammenarbeit an die Koalition – falls das Angebot des Kanzlers ernst gemeint ist, die grundlegenden Probleme des Landes im Rahmen eines Deutschland-Paktes anzugehen. ■

Gleiche Bildungschancen für alle Kinder - Unionsfraktion legt Kinderzukunftsprogramm vor

Kinder in Deutschland sollen gut und gesund aufwachsen – unabhängig vom Geldbeutel und der Bildung der Eltern. Damit alle Kinder die gleichen Chancen auf eine gute Zukunft haben, will die CDU/CSU-Fraktion vor allem in die Bildung investieren. Einfach nur mehr Geld an die Eltern zu verteilen, wie es die Koalition mit der Kindergrundsicherung vorhat, hält die Union für falsch.

In Deutschland leben etwa 14,25 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Rund 1,9 Millionen sind auf Sozialleistungen angewiesen. Dabei zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und dem Erfolg in der Schule. Viele dieser Kinder können nicht ausreichend lesen, schreiben und rechnen. Viele von ihnen haben Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache. Durch die Corona-Pandemie und den Lehrermangel hat sich die Situation zusätzlich verschlechtert.

Die CDU/CSU sieht den Schlüssel für mehr Chancengleichheit im Ausbau der Bildungsinfrastruktur. Sie hat unter dem Stichwort „Kinderzukunftsprogramm“ eine

Reihe von Ideen zu Papier gebracht, die sie im Bundestag zur Abstimmung stellt. Kleinkinder, die Entwicklungsdefizite haben, müssen in der Vorschule gefördert werden. Zur Förderung gehören verpflichtende Sprachprogramme. Kitas und Grundschulen sollen besser zusammenarbeiten. Damit der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern verwirklicht werden kann, sollen auch Tagesmütter und -väter einbezogen werden. Im Bildungs- und Betreuungssystem müssen mehr Fachkräfte eingestellt werden. Digitale Bildung soll es von Anfang an geben.

Die CDU/CSU möchte, dass Kinder, die von Armut bedroht sind, zusätzlich zum Kindergeld ein „Kinderzukunftsgeld“ bekommen. In diesem Kinderzukunftsgeld sind der Kinderzuschlag, aber auch Leistungen für Bildung und Teilhabe enthalten. Das hilft Familien, die sich das normalerweise nicht leisten können, Sportgeräte, Musikinstrumente oder Schwimmkurse für die Kinder zu bezahlen. Anders als die Ampel-Koalition lehnt die Unionsfraktion es aber ab, nur Geld umzuverteilen. Sinnvoller findet sie Investitionen in die Bildungsinfrastruktur. Unseren Antrag "Kinderzukunftsprogramm starten und mit zehn Maßnahmen zum Erfolg führen" können Sie [hier](#) finden. ■